Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

Morgenblatt. Dinstag den 5. Februar 1856. Nr. 59

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berliner Börse vom 4. Februar. Staatsschuldscheine 87¾. 4½pCt. Anleihe 101. Prämien-Anleihe 113¼. Berbacher 156½. Köln-Mindener 167½. Freiburger I. —. Freiburger II. —. Mecklenburger 57. Nordb. 60¾. Oberschlesische A. 216. B. 184. Oderberger 205. Rheinische 113. Metall. 82¼. Loose —. Wien 2 Monat 95. National 84½. Angenehme Börse.

Wien, 4 Februar. London 10. 25. Silber 108¼.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 3. Februar, Mittags 1 Uhr. **Preußens Eintritt in die Friedens-Konferenzen ist von Oesterreich und Rußland gefordert, von Frankreich unterstützt.** — Man spricht von großen Vorbereitungen zu Festlichkeiten, die während der Dauer des Kongresses veranstaltet werden sollen. Das Gerücht von einem Besuche der Kaiser von Oesterreich und von Rußland ist heute wieder sehr verbreitet.

London, 2. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston als Antwort auf eine Interpellation Duncombe's, die Regierung habe nicht die Absicht, eine neue Fremden-Bill einzubringen. Außerdem meldete er, daß Oesterreich eingewilligt habe, den Wiedereintritt des Obersten Türr in englische Dienste zu gestatten. Disraeli zeigte an, daß er am nächsten Montag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die türkische Anleihe lenken werde.

London, 2. Febr. Die „Morning Post" glaubt, es werde nächstens auf einen beschränkten Zeitraum ein Waffenstillstand für die Kriegs-Operationen zu Lande abgeschlossen werden, da ja doch auf einige Zeit die Möglichkeit eines Kampfes zur See nicht vorhanden sei.

Triest, 3. Februar. Der Fürst und die Fürstin von Montenegro sind hier angelangt.

Venedig, 2. Febr. Der Getreidemarkt hat sich sehr flau gestaltet. Das Projekt einer Eisenbahn von Cremona nach Pizzighettone ist von der technischen Provinzialbehörde und der Handelskammer von Cremona günstig aufgenommen worden.

Zur Grundsteuerfrage.

Man hat es als ein überraschendes Resultat bezeichnet, daß nicht blos die, wie alle Kommissionen überhaupt, fast nur aus Mitgliedern der rechten Seite zusammengesetzte Budget-Kommission mit 19 gegen 12 Stimmen bei Berathung des Etats für die Verwaltung der direkten Steuern den Antrag gestellt:

> „das Abgeordnetenhaus möge die Erwartung aussprechen, daß die Staatsregierung den Art. 101 der Verfassung*) und das die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen betreffende Gesetz vom 24. Februar 1850 baldmöglichst in Ausführung bringen möge,"

sondern daß auch in der Sitzung v. 21. Jan. dieser Antrag bei namentlicher Abstimmung mit einer Majorität von 156 gegen 146 Stimmen von dem Plenum des Hauses angenommen worden ist. Man würde sich indessen täuschen, wenn man glaubte, daß diese so wichtige Frage hierdurch einen wirklichen Fortschritt zu ihrer Lösung gemacht habe.

Bei diesem Antrage fanden sich nämlich nur zwei Ansichten gegenüber, nämlich die der an sich schwachen Majorität, welche in Erfüllung der Verheißung des Art. 101 der Verfassung die Regulirung der Grundsteuer verlangt, und die der Minorität, welche jede Aenderung des gegenwärtigen Zustandes bekämpft, es vielmehr bei demselben belassen will. Zu dieser erstern Ansicht bekennt sich die Staatsregierung selbst, wie nicht nur der in der Session von 1852 zu 1853 von ihr eingebrachte, jedoch wegen Verwerfung einer, seine Grundlage aussprechenden, Bestimmung zurückgezogene Entwurf zweier Gesetze, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer und die deshalb zu leistende Entschädigung, sondern auch die Worte der Denkschrift zu dem Gesetzes-Entwurfe vom 7. Januar d. J. über die Forterhebung des Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer:

> „Vor der direkten Staatssteuer, welche bei den diesfälligen Erörterungen (über die Eröffnung neuer Quellen für die Staatseinnahme) in Betracht zu ziehen sind, ist der Grundsteuer zu gedenken, hinsichtlich derer die noch immer obschwebenden Fragen möglichst bald einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, eben so dringend im finanziellen Interesse des Staats als aus politischen Gründen geboten erscheint. Die Staats-Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß dies allseitig erkannt und dazu beitragen werde, etwanigen, von ihr einzubringenden, auf Herbeiführung der endlichen Entscheidung in dieser eben so wichtigen als schwierigen Angelegenheit abzweckenden Gesetzvorlagen demnächst auch Eingang zu verschaffen,"

auf das Unzweideutigste darlegen. Allein diese Majorität stimmt eben nur in der Anerkennung der Nothwendigkeit der Regulirung überein; sie spaltet sich dagegen bei der Frage über die Art und Weise dieser Regulirung in zwei divergirende Ansichten, und diese Divergenz war die Ursache, daß die frühere Gesetzesvorlage scheiterte.

Die eine dieser Ansichten ist die den damaligen Gesetzentwürfen zum Grunde gelegte. Nach ihr sollte auf Grund der in Gemäßheit des § 5 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 seitens des Finanz-Ministerii veranlaßten vorläufigen Veranlagung der Grundsteuer unter den ritterlichen, städtischen und bäuerlichen Grundstücken jeder einzelnen Provinz eine Ausgleichung dahin stattfinden, daß die vergleichsweise höchste Grundsteuer jeder dieser Kategorien als Norm diente, und der auf diese Weise in ihrer Grundsteuer erhöhten Grundbesitzer eine in zwei Drittheilen des 20fachen Betrages der mehrauferlegten Steuer bestehende Entschädigung gewährt würde; es sollte sodann zu einer förmlichen Katastrirung aller Grundstücke geschritten und nach ihrem Resultate die Grundsteuer definitiv ohne alle und jede Entschädigung festgestellt werden. Dieser Ansicht, welche eine auf zwei Drittel beschränkte Entschädigung gewährte, gegenüber beharrte die große Mehrzahl der Abgeordneten der beiden westlichen Provinzen auf der Verwerfung jeder Entschädigung, als jeden Rechtsanspruches entbehrend, und auf einer ungerechtfertigten Billigkeitsrücksicht beruhend, und indem sie bei der Abstimmung über den von der Staatsregierung proponirten Entschädigungsmodus den Gegnern jeder Aenderung des bestehenden Zustandes sich anschlossen, führten sie den Fall der Regierungsvorlage herbei.

In den letzten drei Sessionen ist dieser Gegenstand seitens der Staatsregierung unberührt geblieben; er hat nur in jeder Session Anregung gefunden, theils durch den stets wiederholten Antrag der Majorität, die Regulirung der Grundsteuer ins Werk zu setzen, theils durch die regelmäßig, unter Zustimmung der rheinischen und westfälischen Abgeordneten, eingebrachten Gesetzvorlagen der Abgeordneten Harkort und Reichensperger, welche auf der Ausgleichung der Grundsteuer ohne alle Entschädigung beruhend, von der großen, aus fast sämmtlichen Abgeordneten der übrigen Provinzen gebildeten, Majorität der Kammer stets zurückgewiesen worden sind.

Die Staats-Regierung selbst hat sich nicht darüber ausgesprochen, ob sie auf dem früher eingenommenen Standpunkte verharre; auch in der Sitzung vom 21. Januar hat der Finanz-Minister nicht das Wort genommen, und eben so wenig ist in der Diskussion, welche sich nur in den Grenzen des Prinzips bewegt hat, von irgend einer Seite ein Vorschlag gemacht worden, welcher eine Ausgleichung der Differenzen über die Art und Weise der Regulirung, in Aussicht stellen könnte. Daß dieser durch eine Nachgiebigkeit der Vertreter der beiden westlichen Provinzen in der Anschließung an die frühere Gesetzesvorvorlage geboten werden könnte, dafür spricht kein Anzeichen. Denn die Harkort'sche Gesetz-Vorlage, welche eine Gleichstellung der Grundsteuer auf Grund einer allgemeinen Katastrirung ohne alle Entschädigung bezweckt, ist von Neuem unverändert eingebracht, und zwei von dem Abgeordneten Reichensperger vorgelegte Gesetzes-Entwürfe sprechen eben so wenig dafür. In dem Einen wird verlangt:

> „daß die Besitzer der zum platten Lande gehörigen Güter oder Grundstücke vom 1. Juli 1856 ab Eindrittheil des Grundsteuerbetrages, zu welchem dieselben durch die vom Finanzminister bewirkten vorläufigen Grundsteuer-Veranlagung eingeschätzt worden sind, ohne Enschädigung entrichten sollen",

und zu seiner Rechtfertigung auf die Regierungsvorlage vom Jahre 1852 Bezug genommen, welche die Entschädigung nur auf zwei Drittheile des erhöhten Steuerbetrages ausdehnen wollte, in dem Anderen wird beantragt:

> „daß vom 1. Januar 1857 an gerechnet bis zu dem Zeitpunkte, wo die Grundsteuer-Ausgleichung in der ganzen Monarchie bewirkt ist, von dem Grundsteuer-Kontingente der beiden westlichen Provinzen denselben eine Million Thaler behufs Verwendung zu Provinzial- oder Kommunalzwecken überwiesen werde",

und zur Begründung angeführt, daß die Ueberbürdung der beiden westlichen Provinzen in der Grundsteuer mindestens eine Million betrage, und deshalb um diesen Betrag ermäßigt werden müsse. Der erste Vorschlag, welcher dem Staate eine Mehreinnahme von jährlich 158,853 Thlr. gewährt, ist allerdings im Sinne der früheren Gesetzvorlage, aus welcher er den Punkt herausnimmt, in welchem dieselbe mit der Intention der Vertreter der beiden westlichen Provinzen harmonirt, allein er löst die Aufgabe nur bruchstückweise und zwar zum kleinsten Theile. Daß aber der zweite Vorschlag, welcher der Staatseinnahme eine Million entziehen würde, schon deshalb ein todtgebornes Kind sei, bedarf keiner Ausführung.

Gelänge es aber auch wirklich in dem Abgeordnetenhause eine Majorität für eine den Art. 101 der Verfassung erfüllende Gesetzvorlage zu erhalten, so dürfte doch an einer Zustimmung des Herrenhauses mit größter Evidenz zu zweifeln, vielmehr anzunehmen sein, daß die Ansicht, welche prinzipiell gegen jede Aenderung des bestehenden Zustandes gerichtet ist, dort eine überwiegende Majorität finden werde. Es tritt aber außerdem hinzu, daß das finanzielle Interesse eines Theils der großen Städte in sehr empfindlicher Weise durch die Grundsteuer-Regulirung betroffen wird, so daß sich auch in den Reihen ihrer Vertreter Gegner jeder Regulirung finden dürften.

Es ist bei dieser Lage der Sache wohl kaum zu erwarten, daß die Staatsregierung in der gegenwärtigen Landtags-Session mit der in Aussicht gestellten Gesetzesvorlage hervortreten werde; voraussichtlich aber wird die Diskussion über die Reichenspergerschen Gesetzentwürfe Gelegenheit geben, die Ansichten der Staatsregierung über die Lösung einer legislatorischen Frage zu hören, die in Beziehung auf Schwierigkeit gegenwärtig unbedenklich die erste Stelle einnimmt. *)

*) Derselbe lautet:
In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.

*) **Anm. d. Red.** Nachdem wir in obenstehendem Artikel den bisherigen parlamentarischen Verlauf der Grundsteuerfrage dargestellt haben, werden wir morgen eine auf die Sache selbst eingehende Beleuchtung der Frage, so weit das Interesse des schlesischen Grundbesitzes davon berührt wird, nachschicken.

Breslau, 4. Febr. [Zur Situation.] Die englische Thron-Rede konnte die augenblickliche Sachlage nicht präciser charakterisiren, als sie es gethan hat, indem sie Hoffnung auf Verständigung über die Grundlagen des Friedens ausdrückt, und die ununterbrochene Fortsetzung der Kriegsrüstungen verkündigt.

In dieser Präcisirung stimmt sie mit dem „Moniteur" (s. die pariser Depesche in der Sonntag-Zeitung) überein, und führt die nicht sachgemäße Darstellung der „Oesterreichischen Korrespondenz" (s. ebendaselbst) auf ihr wahres Maß zurück.

Es ist nichts definitiv abgemacht; aber es ist Raum für jede Hoffnung da, ohne jeder Besorgniß den Boden wegzuziehen.

Ja, wie wir der Hoffnung uns mehr zuneigen, so liegt dafür ein Grund mehr in der energischen (dreimaligen) Betonung der Thronrede bezüglich der Kriegsrüstungen.

Die Konferenz muß in nicht langer Zeit die Entscheidung über Krieg und Frieden bringen. Sie muß entweder vor dem Anbruche der Jahreszeit, welche einen neuen Feldzug gestattet, gefällt sein oder doch die Erfolge der Konferenz solche Bürgschaften des Friedens gewähren, daß ein neuer Feldzug als höchst unwahrscheinlich erscheint. So gewaltige Rüstungen, die besonders in England so enorme Summen kosten, können nicht so lange auf die Lösung der Frage warten, bis die Diplomatie, wie sie dabei in ihrer bekannten Bedächtigkeit verfährt, dieselbe zu Stande gebracht habe. Ein übergroßes Kriegsbudget ist ein ungeduldiges Ding und verlangt in kurzer Zeit Entscheidung über seinen Fortbestand oder seine Entlastung. Das englische Ministerium würde sich außerdem einer schweren Anklage aussetzen, wollte es zugeben, daß die Unterhandlungen weit in die Zeit hinein, die zur Kriegsführung günstig ist, verschleppt würden, und Heere und Flotten, die größten geldfressenden Wesen auf Erden, müßig im Lager und in den Häfen liegen. Wir dürfen daher mit großer Wahrscheinlichkeit voraussetzen, das englische Ministerium werde auf Beschleunigung der Unterhandlungen dringen und auf feste Resultate derselben in möglichst kurzer Zeit hinarbeiten. Vor Mitte des Aprils hat demnach die Welt den Frieden oder doch eine Grundlage für denselben gewonnen, welche die Wiederherstellung desselben außer Zweifel setzt.

Es wäre denn, daß die von Lord Derby im Oberhause und Roebuck im Unterhause so scharf betonte Rücksicht auf die anfänglichen Zwecke des Krieges die englische Regierung doch nöthigten, dem leeren Raum des 5. Artikels einen Inhalt zu geben, wie er den gebrachten Opfern und dem vorgegebenen Ziele entspricht.

Daß die englische Regierung diese Rücksichten vorläufig bei Seite lassen möchte, beweist das Schweigen der Thronrede hinsichtlich der Türkei, um deren Willen doch der Krieg unternommen worden sein soll; Sardiniens, welches man geopfert hat; des Falls von Kars, mit welchem man zugleich das Interesse Englands im Stich ließ.

Alle diese Unterlassungssünden haben gleich bei der vorläufigen Debatte scharfe Rüge und ungenügende Entschuldigung gefunden; die kurze Debatte selbst aber hat bewiesen, daß die bevorstehenden Konferenzen am Parlament einen argwöhnischen Wächter haben werden, zumal die außerparlamentarische Agitation in den Meetings nicht ohne Rückwirkung bleiben wird.

Eine weitere Unterlassungssünde hat die Thronrede hinsichtlich des gespannten Verhältnisses zu Nord-Amerika begangen. Die Krise scheint weit gediehen; demohnerachtet dürfte schließlich der Reizbarkeit der Politiker durch die Wucht der kommerziellen Interessen Schweigen geboten werden. Mit Recht gibt der zu Washington erscheinende „Globe" zu bedenken, daß die Vereinigten Staaten wie tolle Abenteurer handeln würden, wenn sie mitten in ihrem glücklichen und steigenden Wohlstande nach einem Vorwand haschen wollten, sich in einen blutigen Kampf zu stürzen, um es zu rächen, daß Herr Crampton bei ihnen Rekruten geworben, während der Zar sich mit dem Engagement von Wundärzten begnügt habe. Man solle bedenken, sagt der „Globe", daß der Werth des Handels der Verein. Staaten mit England u. dessen Dependenzen sich im Jahre 1854 für das vorhergehende Jahr in Ein- und Ausfuhr auf 341,301,752 Dollars, der des Handels mit Frankreich 68,622,987 Dollars belaufen habe, und daß, da in den beiden letzten Jahren der amerikanische Handel mit beiden Nationen außerordentlich gestiegen sei, der Werth desselben zusammengenommen in diesem Jahre gewiß 500,000,000 betragen werde. Dagegen habe sich der Werth des amerikanischen Handels mit Rußland im Jahre 1854 nur auf 2,024,851 Dollars belaufen und betrage jetzt wahrscheinlich noch viel weniger. Außerdem weist der „Globe" auf die vielfachen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden literarischen und gesellschaftlichen Verbindungen hin. Der „New-York Commercial-Advertiser" macht seinerseits darauf aufmerksam, wie wenig die Kriegsmacht der Vereinigten Staaten der britischen gewachsen sein dürfte. „Unser Handel", sagt dies Blatt, „ist bei der Erledigung des Streits tief interessirt, denn er erstreckt sich über alle Meere und würde einer feindlichen Seemacht eine lockende Beute darbieten. Jeder Konflikt mit uns würde nothwendig auf dem Ocean stattfinden. England ist gerüstet, seine Marine stark und wohl equipirt. Unsere Küste ist ausgedehnt und nur wenig geschützt und könnte schweren Kontributionen unterworfen werden, wenn das Land zur Vertheidigung bereit wäre. Unsere Flotte ist im Vergleich mit der englischen unbedeutend an Größe und Stärke. Die weite Entfernung und isolirte Lage unseres am stillen Ocean gelegenen Staats und unserer dortigen Territorien bieten ein Element der politischen Schwäche, welches keiner feindlichen Macht entgehen würde." Schließlich äußert dieses Blatt den Argwohn, daß von Seiten Frankreichs die Flamme der Erbitterung zwischen den Vereinigten Staaten und England geschürt werde.

Die in unserem gestrigen Mittagblatt d. Ztg. enthaltenen Depeschen aus Itzehoe und Kopenhagen beweisen, wie weit die Differenzen der holsteinischen Stände mit der Regierung bereits gediehen sind, und es überrascht einigermaßen, daß man noch nicht zur Auflösung der Ständeversammlung geschritten ist.

Ueber die Natur der von Oesterreich der Bundesversammlung zu machenden Vorlage fehlt es noch an bestimmten Anhaltspunkten; sicher aber wird Preußen es zu keinem Beschlusse kommen lassen, welcher seine Großmachtspolitik paralysirte.

Oesterreich aber wird natürlich das Möglichste thun, um das Resultat seiner jetzigen Initiative sicher zu stellen, indem es Deutschland dafür solidarisch zu verpflichten sucht.

Preußen.

Berlin, 3. Februar. [Landtag.] Die Justiz-Kommission des Abgeordnetenhauses hat den Bericht über den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Nutzungen und Lasten aus der vorläufigen Straffestsetzung wegen Uebertretungen erstattet. Dies Gesetz ist dazu bestimmt, eine Lücke des Gesetzes vom 14. Mai 1852 zu ergänzen, welches der Polizei-Verwaltung das Recht beilegt, bei Uebertretungen eine Geldbuße von höchstens 5 Thlr. Geldbuße oder 3tägigem Gefängniß vorläufig, und mit Vorbehalt einer binnen 10 Tagen einzulegenden Berufung auf richterliches Gehör, festzusetzen, keine Bestimmung aber darüber enthält, zu welcher Kasse die Geldstrafe und die Konfiskate fließen sollen. Der Entwurf spricht dieselben dem zur Polizei-Verwaltung Berechtigten zu, legt ihm dagegen die Verpflichtung auf, die durch Festsetzung und Vollstreckung der Strafen entstehenden uneinziehbaren Kosten zu tragen. Hiermit hat sich die Kommission einverstanden erklärt, dagegen der Bestimmung des Entwurfs, nach welcher diese Intraden, sofern die Polizeiverwaltung in Städten besonders dazu angestellten, und deshalb vom Staate zu besoldenden, königl. Beamten übertragen ist, in dem Verhältnisse, in welchem die Kosten der Polizeiverwaltung von dem Staate resp. der Gemeinde getragen werden sollen, sowie der weitern Bestimmung, daß es, wo zwischen Staat und Gemeinden Verträge über die Kosten der Polizei-Verwaltung existirten, dieselben maßgebend sein sollen, nicht beigestimmt, sondern in beiden Fällen Geldbußen und Konfiskate ungetheilt der Gemeinde zugesprochen. — Es liegt ferner der von dem Abgeordneten Heise (Staats-Anwalt) verfaßte Bericht der zur Berathung des Antrags des Grafen Schwerin, betreffend die letzten Abgeordnetenwahlen, niedergesetzten Kommission vor. Aus demselben geht hervor, daß der zu dieser Berathung zugezogene Antragsteller den Antrag: „das Ministerium zu einer Untersuchung über die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch Organe der Regierungsgewalt zu veranlassen", dahin erläutert hat, „daß nach seiner Auffassung sich nicht sowohl die Organe der Regierungsgewalt als das Staats-Ministerium selbst Eingriffe in die Wahlfreiheit erlaubt, und er beabsichtigt habe, eine politische Untersuchung darüber herbeizuführen, in wie weit hierdurch die Gesetze des Landes verletzt worden." Der Bericht hebt zunächst hervor, daß der Antrag zwar hierdurch eine wesentliche Aenderung erlitten habe, die Kommission aber gleichwohl geglaubt habe, sich der Prüfung desselben zu unterziehen, weil der Kern des ursprünglichen Antrags, „die behauptete Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch die Regierungsgewalt", stehen geblieben sei. In der Sache selbst wird der Uebergang zur einfachen Tagesordnung, und zwar mit Stimmenmehrheit, empfohlen, indem die von dem Antragsteller beigebrachten Vorwürfe als sämmtlich unbegründet erklärt worden. Aus dem Umstande übrigens, daß der Antragsteller außer bei dem Punkte ad 1, welchem das von dem Minister des Innern in der Plenar-Verhandlung vom 3. Dez. 1855 selbst verlesene, an die Regierungs-Präsidenten erlassene, Reskript zum Grunde liegt, jede weitere thatsächliche Begründung seiner Anklage verweigert hat, ist zu schließen, daß die Beibringung derselben seitens der Oppositionspartei der Plenarverhandlung vorbehalten bleiben soll. — Gegen die beiden schon in früheren Sessionen von dem Minister des Innern eingebrachten Gesetzesvorlagen, betreffend die Gemeinde-Verfassung und resp. die ländliche Polizei-Verwaltung in den 6 östlichen Provinzen sind, wie früher, zwei Gegenentwürfe, der erstere von dem Abgeordneten v. Auerswald, der zweite von dem Abg. v. Patow unter Mitzeichnung der Mitglieder der Linken und der v. Bethmannschen, sowie einiger Mitglieder der katholischen Fraktion, gerichtet. Der erstere, die Nothwendigkeit des Erlasses einer vollständigen Landgemeinde-Ordnung an Stelle der novellistischen Regierungsvorlage behauptend, enthält den in der Session von 1852 zu 1853 von den damaligen Fraktionen der Linken und der Centren ausgearbeiteten, unter dem Namen des gelben Buchs bekannten, Gesetzentwurf; der letztere, die Beibehaltung resp. Herstellung der gutsherrlichen Polizeigewalt bekämpfend, reproduzirt den in gleicher Art in der Session von 1853 zu 1854 entstandenen Gesetz-Entwurf, welcher die Ausübung der Polizeigewalt im Auftrage und Namen des Königs, die Eintheilung der Kreise in Polizei-Verwaltungs-Bezirke und die Ernennung eines Polizei-Bezirks-Verwalters nebst Stellvertretern durch den König vorschreibt. Beide Entwürfe würden in den früheren Sessionen, wenn sie zur Berathung der 2. Kammer gelangt wären, auf die Zustimmung der Majorität haben rechnen können; bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Abgeordneten-Hauses dürfte ihre Verwerfung nicht zweifelhaft sein. — Ein in dem Herrenhause don dem Grafen v. Hardenberg eingebrachter, zahlreich unterstützter, Antrag spricht die Erwartung aus, daß die Staats-Regierung die erforderlichen Veranstaltungen treffen werde, um den Ausbau der Ost-Eisenbahn zwischen Berlin und Kreuz zu beschleunigen. Als Motive werden „Beschäftigung brotloser Arbeiter in jetziger Nothzeit und baldigste Verkehrs-Eröffnung im Interesse des Handels und der Gewerbe" bezeichnet. Bekanntlich hat die Staats-Regierung diesen Bau, jedoch von Kreuz über Küstrin nach Frankfurt, längst beschlossen, und nur finanzielle Anstände bisher nicht zu beseitigen vermocht. — Eine an das Abgeordnetenhaus gerichtete, den Mitgliedern desselben im Drucke zugegangene, Petition des Vorstandes der christkatholischen Gemeinde zu Berlin nimmt die Verwendung des Hauses dafür in Anspruch, „daß die Verhältnisse der Gemeinde in einer der Gesetzgebung und der Verfassung entsprechenden Weise geordnet und die Anwendung des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 und mithin auch die aus diesem Gesetze hergeleiteten Maßregeln aufgehoben werden." Aus der Darstellung ergiebt sich, daß die Veranlassung zu diesen Maßregeln in einem Reskript des Ministers des Innern vom 29. Sept. 1851 liegt, in welchem die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die freien Gemeinden (deutschkatholische und andere) nicht sowohl Religionsgesellschaften, als vielmehr politische, den Umsturz der bürgerlichen und sozialen Ordnung fördernde, Vereine seien, ein Vorwurf, welchen die Petenten in Beziehung auf ihre Gemeinde als thatsächlich nicht begründet erklären.

⋔ **Berlin,** 3. Februar. Die Vorlage, welche Oesterreich am 7. d. M. bei dem deutschen Bunde einzubringen beabsichtigt, ist dem preußischen Kabinet schon vor einigen Tagen durch den kaiserlichen Gesandten Grafen Esterhazy übergeben worden. Ob Preußen unbedingt diesen Antrag unterstützen wird, ist in diesem Augenblicke noch nicht entschieden, und eine unbefangene und gerechte Betrachtung der Sachlage muß allerdings für Preußen nicht unwesentliche Schwierigkeiten dabei ergeben. Wie in kundigen Kreisen verlautet, beabsichtigt Preußen auch jetzt noch auf dem Standpunkte stehen zu bleiben, den es bisher in der orientalischen Frage eingenommen, und die Schwierigkeit besteht darin, wie weit sich dies mit den Intentionen der österreichischen Bundesvorlage vereinigen lassen werde. Preußen hat allerdings für den Frieden in St. Petersburg gewirkt und sich dadurch ein entscheidendes Verdienst um die Situation erworben, das von allen Seiten Anerkennung gefunden hat. Es ist dies aber bekanntermaßen geschehen, ohne daß das preußische Kabinet sich die österreichisch-westmächtlichen Friedensgrundlagen sachlich und prinzipiell angeeignet hätte. Durch die österreichische Bundesvorlage würde dies zu einer nachträglichen Verpflichtung auch für Preußen, ebenso wie für Deutschland wer-t den, und man trägt jedenfalls noch Bedenken, sich für Eventualitäten zu binden, die in diesem Augenblicke noch ganz unberechnenbar sind. Inzwischen haben die Versuche der deutschen Mittelstaaten, zwischen der österreichischen Bundesvorlage und den preußischen Bedenken zu vermitteln, hier Platz gegriffen. Die wiederholten Konferenzen, welche der hier anwesende sächsische Minister Freiherr v. Beust im Ministerium des Auswärtigen hatte, waren diesem Bestreben gewidmet. Es schein daraus hervorzugehen, daß die deutschen Mittelstaaten der österreichischen Vorlage am Bunde diesmal unbedingt beistimmen werden. Ob dies aber auch im Widerspruch mit Preußen der Fall sein wird, ist noch keineswegs ausgemacht, und es müssen deshalb wohl alle Annahmen über die spezifisch österreichische Haltung, welche die deutschen Mittelstaaten, und namentlich Sachsen und Baiern, demnächst beobachten würden, als verfrüht und unbegründet bezeichnet werden. Die Frage über die sogenannte „Zulassung" Preußens zu den pariser Konferenzen ist aber mit der Stellung, welche Preußen zu der österreichischen Bundesvorlage und zu der auf Grund derselben zu normirenden Position Deutschlands einnehmen wird, durchaus nicht als identisch zu behandeln. Da es sich auf diesen Konferenzen durch Aufbau neuer Garantien gegen Rußland zugleich um eine fundamentale Abänderung des europäischen Rechtszustandes und der denselben bildenden Verträge handelt, so ist ein Ausschluß Preußens im Interesse der europäischen Rechtssicherheit selbst nicht denkbar. Während Preußen die Berücksichtigung seiner Stellung als europäische Großmacht unter allen Umständen zu erwarten hat, befindet es sich dagegen als deutscher Bundesstaat in der Lage, selbstständig über seine Haltung zu beschließen und die Interessen Deutschlands in der orientalischen Angelegenheit nach der Auffassung bemessen zu können, von der es sich in dieser Frage stets und zu seinem Vortheil, wie zu seiner Genugthuung leiten ließ.

Die sämmtl. berliner Abgeordn. (mit Ausnahme des Kammergerichts-Rath Lehnert) haben im Abgeordnetenhause eine Petition überreicht, welche von dem Vorstande der hiesigen jüdischen Gemeinde ausgegangen und auf die Ablehnung des Wagener'schen Antrages wegen Streichung der Worte: „der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse" aus Art. 12 der Verfassung gerichtet ist. Der jüdische Vorstand stützt sich darin auf die Gründe des Rechts, der Moral und der Religion, indem er die feste Ueberzeugung ausspricht, daß das Haus nicht durch Annahme des Wagener'schen Antrages die Hand dazu bieten werde, das Rechtsgefühl der Preußen jüdischen Bekenntnisses auf das Tiefste und Schmerzlichste zu verletzen. Der jüdischen Gemeinde ist übrigens in diesen Tagen eine neue Erkräftigung ihrer Hoffnung dadurch zu Theil geworden, daß Se. Maj. der König die Ernennung des durch seine philosophischen Arbeiten bekannten Dr. Remak zum Professor an der hiesigen Universität zu bestimmen geruht hat. Dr. Remak war hier bisher Privatdocent, konnte aber wegen seiner jüdischen Konfession diese Beförderung nicht erhalten, die ihm nun, obwohl er Jude bleibt, zu Theil geworden ist.

Berlin, 2. Februar. Der königliche Hof feierte gestern den Geburtstag Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Alexandrine, Tochter Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht, geboren den 1. Februar 1842. Morgen ist der Geburtstag Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Carl von Preußen. — Se. Majestät der König begaben Allerhöchstsich gestern Abend nach dem Souper nach Charlottenburg, übernachteten im dortigen königlichen Schlosse und nahmen heute an einer im Forstrevier Grunewald veranstalteten Hofjagd Theil. — Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, Höchstwelche am 28. d. Mts. Abends hier eingetroffen sind, werden, wie dem „Nordd. Corr." aus Neu-Strelitz gemeldet wird, ungefähr vierzehn Tage hier verweilen. In Begleitung der allerhöchsten Herrschaften befinden sich der Hofmarschall von Boddien, der Reise-Stallmeister Kammerherr von Rauch und die Hofdamen Fräulein von Lücken und Gräfin Waldersee. — Das Staatsministerium ist auf heute Abend 6 Uhr zu einer Sitzung zusammen berufen. — Die „Spenersche Zeitung" will wissen, daß der königiiche Bundestagsgesandte v. Bismark-Schönhausen hier erwartet werde. Wir bemerken dazu, um nicht der in diesen Tagen sehr ergiebigen Conjectural-Politik neuen Stoff zufließen zu lassen, daß uns davon nichts bekannt ist. (N. Pr. Z.)

Am künftigen Dinstag, den 5. d. Mts., wird bei Ihren königlichen Majestäten im weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses Ball stattfinden. — Se. Majestät der König geruhten allergnädigst von dem Besitzer der Schlesinger'schen Buch- und Musikhandlung, Herrn Heinrich Schlesinger, das von J. Erlaucht der Gräfin Louise zu Stolberg gedichtete und komponirte Lied: „Ich hörte einer Laute Ton," welches am Silberhochzeits-Festtage JJ. MM. des Königs und der Königin von der Komponistin in ehrfurchtsvoller Liebe überreicht worden und zur feierlichen Erinnerung an den 29. November von Neuem zum Besten der v. Bavier'schen Stiftung für ganz kleine mutterlose Kinder von obiger Verlagshandlung ohne allen Kostenabzug herausgegeben worden ist, huldreichst anzunehmen und für den gedachten Zweck das reiche Geschenk von zehn Friedrichsd'or dem allergnädigsten Schreiben beizufügen. (V. Z.)

Gestern fand bei dem Herrn Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein diplomatisches Diner statt. — Der General-Konsul für Spanien und Portugal, von Minutoli, begab sich heute nach Dresden.

P. C. [Ubersicht über die Ausdehnung der nicht dem Staate angehörigen Chausseen in allen Provinzen des preuß. Staates bei Beginn des J. 1855.] Wir vergleichen nachstehend die Zahlen dieser Uebersicht mit den Angaben, welche sich im Anfange des Jahres 1854 herausstellten. Die Provinz Preußen hatte bei Beginn des J. 1855 im Ganzen $37_{,7}$ Meilen nicht staatlicher Chausseen gegen $37_{,7}$ Meilen im Anfange 1854, Posen $74_{,7}$ gegen $47_{,4}$, Pommern $41_{,4}$ gegen $32_{,9}$, Schlesien $197_{,1}$ gegen $172_{,3}$, Brandenburg $120_{,9}$ gegen $111_{,5}$, Sachsen $64_{,7}$ gegen $58_{,9}$, Westfalen $137_{,8}$ gegen $123_{,8}$, Rheinprovinz $342_{,8}$ gegen $327_{,6}$; alle Provinzen zusammen: $1{,}017_{,1}$ gegen $912_{,1}$ Meilen. Die im Jahre 1854 bewirkte Zunahme betrug also für Preußen 0, für Posen $27_{,3}$, für Pommern $8_{,5}$, für Schlesien $24_{,8}$, für Brandenburg $9_{,4}$, für Sachsen $5_{,8}$, für Westfalen $14_{,0}$ und für die Rheinprovinz $15_{,2}$, für alle Provinzen zusammen $105_{,0}$ Meilen. Das bezeichnete Jahr hat daher besonders den Provinzen Posen und Schlesien einen bedeutenden Zuwachs an normalen Verkehrsstraßen gebracht.

[Landtag.] Ein Mitglied des Herrenhauses hat den Eid auf die Verfassung nur mit ausdrücklichem Vorbehalte seines dem Könige als Unterthan geleisteten Huldigungseides und des als Soldat geleisteten Fahneneides schwören zu können erklärt. Der Präsident glaubte einen diesen Vorbehalt aussprechenden Zusatz nicht gestatten zu können und hat die Angelegenheit der Begutachtung der Geschäftskommission unterbreitet. Mit Rücksicht auf Artikel 108 der Verfassung hat diese sich einstimmig dahin entschieden: „daß der von den Mitgliedern des Hauses zu leistende Eid auf die Verfassung nur in der bisher stets üblich gewesenen Weise geleistet werden könne und jede Abänderung des wörtlichen Ausdruckes desselben durch einen anderen Zusatz als denjenigen, welcher die dem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bestätigungsformel enthält, unzuläßig sei."

Oesterreich.

Y **Wien,** 2. Februar. Im Ministerium des Unterrichts wurde gestern wieder eine Berathung zwischen mehreren Ministern und dem Erzbischofe von Wien in Bezug auf das Konkordat abgehalten. Die Einladungen an sämmtliche Bischöfe von Oesterreich zu den Konferenzen in Wien sind vor wenigen Tagen abgegangen. Es soll bestimmt sein, daß die Bischöfe bis Mitte Februar sich hier versammeln. — Heute gibt der französische Gesandte Baron Bourqueney ein glänzendes Ballfest, dem die diplomatische Welt, die Minister und ein Theil des Adels beiwohnen wird. Als ein Ereigniß wird es hier betrachtet, daß gestern Fürst Gortschakoff den französischen Gesandten mit einem Besuche beehrt hat. — Gestern Abend begann hier plötzlich ein so heftiges Schneegestöber, wie man sich dessen seit langer Zeit nicht erinnert. In einer halben Stunde waren alle Straßen so verschneit, daß der Schnee an mehreren Stellen fußhoch lag. Zugleich wüthete ein sehr heftiger Orkan, welcher auch heute noch nicht nachgelassen hat. — Gestern brachte das Burgtheater eine neue Bearbeitung des „Grafen Essex". Das Trauerspiel fand eine glänzende Aufnahme, wie sich seit längerer Zeit keines der neuen Stücke zu erfreuen hatte. Der anonyme Verfasser wurde nach jedem Akte stürmisch gerufen. In der Coulissenwelt wird der artistische Direktor Dr. Laube als der Verfasser des Stücks genannt. — Die von K. Weiß redigirten „Mittheilungen der kais. Central-Kommission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale" fanden so großen Anklang, daß von dem ersten (Januar-) Hefte eine neue Auflage veranstaltet werden muß, welche bis zum 12. Februar ausgegeben werden wird. Das zweite Heft dieser interessanten archäologischen Monatschrift — welche zugleich die erste in Oesterreich ist — wird am 4. Februar ausgegeben.

Rußland.

□ **Warschau,** 1. Febr. Heute Morgen um 10 Uhr hat der Statthalter des Königr. Polen, Feldmarschall Fürst Paskewitsch von Warschau, Graf von Eriwan, sein irdisches Leben geendet. Obwohl bei der langen und leidensvollen Krankheit des Verblichenen dieses Ende als ein allernächst unausbleibliches schon allgemein vorausgesehen, und selbst von Tag zu Tag erwartet wurde, so hat es doch nicht verfehlt, in der ganzen Stadt und demnächst wohl auch im ganzen Lande einen überaus tiefen Eindruck zu verursachen. Eine ganze Generation ist unter der dreiunddreißigjährigen Statthalterschaft des Fürsten herangewachsen und unzählige Individuen, eben wie ganze Einwohnerklassen waren mit seinem Dasein eng verbunden, was sich zum Theil auch schon aus den bedeutenden liegenden Gütern erklären läßt, deren Besitzer der Verewigte sowohl hier als in den litthauischen Provinzen gewesen ist. Wie es heißt, sollen schon seit einiger Zeit, für den voraussichtlichen Fall seines Ablebens, aus St. Petersburg Befehle hier vorliegen, welche eine vierzehntägige, allgemeine Landestrauer anordnen. Gleich heute wird man wahrscheinlich zum Einbalsamiren der Leiche des Fürsten schreiten, und übermorgen, am Sonntag, sollen dem Vernehmen nach die sterblichen Ueberreste in der hiesigen griechischen Kathedrale ausgestellt werden — worauf sie dann wohl in einigen Tagen nach dem Familienbegräbniß in der Stadt Homel gebracht werden. — Unter dem Eindrucke dieser traurigen Begebenheit muß ich mich heute nur auf sehr wenige Nachrichten beschränken, unter denen die wichtigste ist, daß unsere Stadt in Folge des beginnenden Eisganges schon wieder der Brückenkommunikation mit Praga und dem jenseitigen Weichselufer beraubt ist, was auch bei dem eben neu beginnenden Monate auf die Erhöhung der auch so schon genug theuren Brotpreise seinen Einfluß nicht verfehlt hat. — Nächstens soll die unmittelbare Verbindung der Waarentransporte aus Preußen hierher beginnen, indem die Güterwagen unter preußischer Plombe und in Begleitung eines preußischen Zollbeamten bis Warschau gehen und dann wieder von hier aus mit Retourfrachten verladen werden sollen, so daß die Spediton der Waaren im Grenzort Myslowitz von selbst wegfällt.

Großbritannien.

f. **London,** 1. Februar. [Parlaments-Eröffnung.] Die Königin begab sich gestern in voller Gala nach dem Parlament. Wiewohl die Eröffnung desselben zu den jährlich wiederkehrenden Ceremonien gehört, so pflegt dieselbe doch jeder Zeit, selbst inmitten des tiefsten Friedens, einen Theil des öffentlichen Interesses in Anspruch zu nehmen. Dies Interesse war ein gesteigertes, als im Jahre 1854 die Königin ihre getreuen Lords und Gemeinen berief, um ihnen anzuzeigen, daß der beinahe 40jährige europäische Friede am Ende sei, und das Interesse konnte gestern kein geringeres sein, wo jeder die Bestätigung erwartete, daß der Stern des Friedens wieder zu scheinen verspreche. Viele Tausende von Zuschauern hatten sich im St. James-Park und den angrenzenden Straßen eingefunden und begleiteten die Königin auf ihrem Wege nach Westminster mit ununterbrochenem Vivatrufen, bis dieselbe endlich unter dem gothischen Bogen des Viktoria-Thurmes, mit ihrem Gefolge von Pagen, Läufern und Herolden verschwand. Zwanzig Minuten nach 2 erschien die Königin, am Arm des Prinzen Albert, im Sitzungssaale der Lords, und die Versammlung erhob sich zu ihrem Empfang. Ihre Majestät, nachdem sie die Lords aufgefordert hatte, ihre Sitze wiederum einzunehmen, ließ die Gemeinen an die Barre rufen. Lord Granville, mit dem Reichsschwert, stand zur Linken des Thrones; Lord Harrowby, zur Rechten, hielt die Schirmhaube (cap of maintenance), und hinter ihm standen der Lordkanzler und der Marquis von Landsdowne, der die Krone auf einem Sammetkissen trug. Auf den Stufen des Thrones, ebenfalls zur Rechten, standen die Herzoginnen v. Sutherland u. Wellington; zur Linken aber, unmittelbar neben dem Stuhl des Prinzen Albert, der Marquis v. Abercove und Sir Augustus Clifford. Der Anblick war bezaubernd, was immer auch, in absprechender Weise, über den „barbarischen Pomp der Höfe" gesagt werden mag. Dann erschienen die Gemeinen an der Barre, und die Königin, aus der Hand des knieenden Lordkanzlers die Thronrede entgegen nehmend, las dieselbe mit der ihr eigenthümlichen wohllautenden Bestimmtheit. Es herrschte lautlose Stille Nachdem sie gelesen, verließ Ihre Majestät das Haus und kehrte nach Buckingham-Palast zurück. Alle Hallen und Korridore waren mit Zuschauern überfüllt. „In dieser feierlichen Weise — so schließt die Times ihren Bericht — wurden die Verhandlungen einer neuen Parlaments-Session von Seiten der Krone eingeleitet, und der Nation bleibt nunmehr die Pflicht übrig, in diesen unruhvollen Zeiten scharf zu überwachen, in welcher Weise sich unsre Gesetzgeber ihrer hohen Mission zu unterziehen gedenken.

Im Oberhause versammelten sich die Lords um 5 Uhr. Auf der Ministerbank befanden sich der Marquis von Landsdowne, der Graf von Clarendon, Graf Granville, Lord Panmure und der Graf von Harrowby. Graf Grey, Lord Aberdeen und der Herzog von Newcastle hatten ihre gewöhnlichen Plätze auf der ministeriellen Seite des Hauses inne. Von andern Pairs bemerkte man den Grafen Derby, Lord Lyndhurst, Graf Malmesbury, Lord Campbell, den Erzbischof von Canterbury, den Lord St. Leonards, den Grafen Cardigan u. s. w. Nachdem die Thronrede vom Lordkanzler und einem der Schriftführer noch einmal verlesen worden war, stellte Graf Gosford den Antrag auf eine Antwortsadresse an die Königin. Er erklärte zu gleicher Zeit, daß er an die Gerechtigkeit des gegenwärtigen Krieges glaube und der Ansicht gewesen sei, daß derselbe in der nächsten Campagne mit äußerster Anstrengung geführt werden müsse. Plötzlich sei der Friede vor der Thür, und er sehe sich gegen Erwarten in die Lage versetzt, den Advokaten des Friedens zu machen. Er werde indeß einer Friedenspolitik nur insoweit seine Unterstützung leihen, als dieselbe im Auge behielte, daß den Vergrößerungsplänen Rußlands nicht nur gegen die Türkei hin, sondern an allen Orten ein Ende gemacht werden müsse. Nachdem Lord Abingdon den Antrag auf eine Adresse unterstützt hatte, erhob sich Lord Derby und erklärte, daß er keineswegs gesonnen sei, den Erlaß einer Adresse zu bekämpfen. Nichtsdestoweniger müsse er die Thronrede aufs schärfste kritisiren, sie sei die ungenügendste, die er jemals gehört habe. Eine solche Kahlheit und Magerkeit überstiege alles, was früher dagewesen sei. Die Rede enthalte nichts über den Handel und die Finanzen des Landes; sie erwähne Indiens mit keinem Wort, sie sage nichts über die Kolonien. Auf das Entschiedenste vermisse er eine warme und herzliche Anerkennung des Muthes und der Entbehrungen unserer Armee, und kaum minder müsse es

ihn überraschen, daß Sardiniens und der Türkei mit keiner Sylbe Erwähnung geschehen sei. Kein Wort über Kars und seine tapfere Vertheidigung. Doch General Williams solle in seiner Gefangenschaft wenigstens hören, daß das Parlament und das Land seiner gedacht haben. Der Fall von Kars müsse der Gegenstand einer eingehenden Untersuchung werden. Er könne nicht glauben, daß Lord Stratford der Schuldige sei. Er hoffe, daß alle hierauf bezüglichen Papiere auf den Tisch des Hauses niedergelegt würden. Was die schwebenden Negotiationen anginge, so gedenke er in keine Diskussionen darüber einzugehen. Krieg und Frieden bildeten ein Prärogativ der Krone, und es sei nicht die Aufgabe des Parlaments, sich in Bezug auf dieselben zum täglichen Rathgeber der Königin zu machen. Aber die Hoffnung wolle er aussprechen, daß kein Waffenstillstand abgeschlossen würde, der unter allen Umständen für Rußland vortheilhafter sein müsse, als für England. Daß den Beziehungen zu Nordamerika ebenfalls nicht Erwähnung geschehen sei, müsse er lebhaft bedauern und er hoffe, daß dies Verfahren von Seiten der Amerikaner nicht als ein Schweigen der Verachtung gedeutet werden würde. Im Uebrigen entsage er jeder Opposition gegen Abfassung einer Adresse und erkläre, daß weder er noch seine Partei gesonnen seien, Verhandlungen hindernd in den Weg zu treten, die darauf gerichtet wären, einen gerechten und ehrenvollen Frieden zu erzielen. Lord Clarendon ergriff nach ihm das Wort, und ließ sich zunächst darüber aus, was Oesterreich in Bezug auf die gegenwärtigen Negotiationen und im Interesse des Friedens gethan habe. Er erklärte dann, daß er in einer Diskussion über die Dauer des Waffenstillstandes nicht eingehen könne, doch glaube er, daß derselbe kurz sein werde. Der Kaiser von Rußland habe durch Annahme der Friedensbedingungen großen moralischen Muth gezeigt, und er (Lord Clarendon) hoffe, daß er denselben auch ferner noch, und zwar durch eine dem Wort und Geist des Vertrages gemäße Haltung beweisen werde. Geschehe das, so sei der Abschluß eines ehrenvollen Friedens nah. Solch ein Friede indeß müsse auch ehrenvoll für Rußland sein, wenn er Dauer haben solle. Er sei von Ihrer Majestät zum Bevollmächtigten für die pariser Konferenzen ernannt worden, und er habe diese Ernennung mit der festen Absicht angenommen, die Unterhandlungen, so viel an ihm läge, zu einem befriedigenden Schluß zu bringen.

Im Unterhause stellte Mr. Bing den Antrag auf eine Adresse, und wurde durch Mr. Baxter in einer längeren Rede unterstützt. Nach beiden ergriff Mr. Disraeli das Wort und äußerte sich dahin, daß er die Ansicht des ganzen Hauses auszusprechen glaube, wenn er mit dem Antragsteller (Mr. Bing) darin übereinstimme, daß man Ihrer Majestät die Befriedigung und den Dank des Hauses über vorläufige Unterhandlungen, die einen ehrenvollen Frieden in Aussicht stellten, zu erkennen geben möchte. Zu gleicher Zeit sei in der Adresse eine Genuthuung darüber auszusprechen, daß Ihre Majestät bei Führung der Verhandlungen entschlossen sei, die Zwecke und Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren, um derentwillen der Krieg unternommen wurde. Er hoffe, daß das Haus in kluger und hochherziger Weise Abstand davon nehmen werde, Ihrer Majestät Ministern Schwierigkeiten zu bereiten, wünsche aber nicht minder, daß man alle Vorgänge mit äußerster Wachsamkeit verfolge. Seiner Meinung nach sei es unmöglich, die Ueberzeugung nicht zu haben, daß alle Aussichten dem Frieden günstig seien. Eine Täuschung sei freilich immerhin denkbar; in solchem Falle aber würde das Land die Genugthuung haben zu wissen, daß Ihre Majestät, zur Fortführung des Kampfes, vertrauensvoll die Unterstützung des Parlaments erwarten könne. Nach ihm erhob sich Lord Palmerston und bemerkte, daß es zur Zeit für Ihrer Majestät Minister unmöglich sei, in irgend welche Details betreffs der proponirten Unterhandlungen einzugehen. Er stimme mit Mr. Disraeli darin überein, daß es die Pflicht des Gouvernements sei, in einem Kriege nicht länger zu beharren, wenn die Zwecke desselben durch Unterhandlungen erreicht werden könnten. Wenngleich man annehmen dürfe, daß die Chancen eines fortgesetzten Krieges für England sein würden, so würde dadurch ein Zurückweisen von Anerbietungen, die eine Aussicht auf einen gesunden und ehrenvollen Frieden eröffnen, doch niemals gerechtfertigt werden. Das Land sei jetzt in einer Verfassung, daß, wenn die bevorstehenden Unterhandlungen ohne Schuld Englands wiederum scheitern sollten, die Hilfsquellen, die Energie und die Entschlüsse des letztern ausreichen würden, die vorgesteckten Ziele zu erreichen. Kein Prinzip solle während der Negotiationen aufgegeben werden, aber eben so gewiß würde das Gouvernement einen versöhnlichen Geist an den Tag legen. Mr. Roebuck nahm, wie die „Times" bemerkt, seine übliche mehr bekrittelnde als oppositionelle Stellung ein und erklärte zunächst, daß man vergessen zu haben scheine, um welcher Zwecke willen der Krieg überhaupt unternommen worden sei. Diese Zwecke hätten geheißen: „Im Interesse der Humanität" und „gegen die Präponderanz Rußlands". Er müsse darauf bemerken, daß die Art und Weise, in der man den Krieg geführt habe, das volle Gegentheil jener vielgenannten Humanität gewesen sei, und daß die Friedensbedingungen, wie sie jetzt vorlägen, schwerlich im Stande wären, jenem russ. Uebergewicht ein Ende zu machen. Zu diesem Zwecke wäre es besser gewesen, einen neuen Feldzug zu beginnen, die Russen aus der Krim zu treiben, und Bessarabien und die Donaufürstenthümer zu einem selbstständigen Königreich zu machen

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Januar. [Der Erbprinz Ferdinand. — Dauernde Spannung.] Es dürfte für viele Ihrer Leser von Interesse sein, den weiteren genaueren Verlauf der Angelegenheit des Erbprinzen Ferdinand zu erfahren, der bekanntlich in Ungnade gefallen war, weil er sich geweigert, die Verfassung zu unterschreiben. Die Anwesenheit des französischen Generals Canrobert gab die erste Veranlassung zu versöhnenden Schritten gegen den Prinzen von Seiten des Königs. In diese Zeit fiel außerdem das Geburtsfest des Prinzen, wozu ihm der König mit dem Bemerken Glück wünschte, daß ihm der Zutritt zu Sr. Majestät nunmehr wieder gestattet sei. Der Prinz, ein Mann mit einem sehr versöhnlichen Gemüthe, bat um Audienz, welche sehr bald den anfangs gezwungenen Anstrich verlor. Die beiden fürstlichen Herren wurden sehr bald einig, daß die Unterschrift des Prinzen bis zum Eintritt von Modifikationen der Verfassung durch den Reichsrath auf sich beruhen sollte. Der König bot dem Prinzen die Charge eines Generalfeldmarschalls an, versprach auch, den Minister, der ihn gekränkt, zur Abbitte zu veranlassen. Der Prinz zog jedoch seine frühere Stelle als kommandirender General vor, worauf eine bestimmte Zustimmung jedoch nicht ertheilt wurde. Der Prinz war alsdann bei der Tafel anwesend; der Minister aber, der Abbitte thun sollte, vergrößerte das Mißverständniß noch, und erst der Vermittelung anderer Rathgeber des Königs gelang es, den Prinzen zu dem Zugeständniß zu vermögen, daß er nach den vorgeschlagenen Modifikationen der Verfassung eine schriftliche Versicherung für ihre Anerkennung ausstellen wolle. Darauf erschien der Prinz wieder im Staatsrathe; seine Wiederanstellung erfolgte zwar noch nicht, aber der Kriegsminister beantragte, dem Prinzen die ihm entzogene Besoldung wieder zu ergänzen. In einem königlichen Schreiben wurde Höchstdemselben mitgetheilt, daß obiger Antrag gestellt sei, daß aber, ehe der König denselben bewillige, der Erbprinz mit seiner Gemahlin in der neuen königlichen Hoftheaterloge erscheinen möge, um ein öffentliches Zeichen von der Aufhebung des gespannten Verhältnisses zu geben. Hierauf glaubte der Prinz, der „obwaltenden Umstände" wegen, nicht eingehen zu können, und so ist denn das unglückselige Mißverständniß leider noch nicht gelöst. (N. Pr. Z.)

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau,** 4. Februar. [Zur Tages-Chronik.] Ueber die Wirksamkeit des „Vereins gegen Bettelei" im Sieben-Kurfürsten-Bezirk ist der dritte Jahresbericht (vom J. 1855) erschienen. Hiernach hat das abgelaufene Jahr in seinem vielseitigen Nothstande auch die verfügbaren Geldmittel der Vereinskasse in erhöhtem Grade in Anspruch genommen und beinahe erschöpft. Am Schlusse des Jahres zählte der Verein 61 Mitglieder; es schieden aus demselben theils durch Verziehen in andere Bezirke, theils durch Absterben 12, dagegen traten hinzu sieben Mitglieder. Die Einnahme an festen Beiträgen belief sich auf 198 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.; an zufälligen Unterstützungen empfing die Kasse 11 Thlr.; Kassenbestand am vorigen Jahresschluß war 104 Thlr. 2 Pf.; dies ergiebt zusammen 303 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. Die Ausgaben betrugen an 106 hilfsbedürftige Arme 262 Thlr. 10 Sgr. und außerdem 14 Thlr. 20 Sgr. Es verbleibt demnach gegenwärtiger Bestand 26 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. Zu Vorstandsmitgliedern sind die Herren Medizinal-Assessor und Stadtrath Gerlach, Conditor Friedrich, Bezirksvorsteher Haselbach und Lotterie-Einnehmer Schmidt gewählt. Indem der Bericht allen beitragsleistenden Mitgliedern den wärmsten Dank ausspricht, wird der Verein mit Recht dem ferneren Wohlwollen derselben bestens empfohlen. Soviel uns bekannt, ist der obgedachte Verein unter allen Hilfsvereinen Breslaus der einzige, welcher seine Thätigkeit nicht auf einen einzelnen Bezirk einschränkt, sondern nach Kräften über die ganze Stadt auszudehnen sucht. Freilich fehlen ihm oft die Mittel, um seiner Aufgabe in erwünschter Weise zu genügen. Aus diesen Gründen verdient der Verein allgemeine Beachtung und möglichst umfassende Theilnahme seitens der hiesigen Einwohnerschaft, wie sehr immer dieselbe durch anderweite Wohlthätigkeits-Bestrebungen beansprucht wird.

Seit einigen Tagen ist der Winter wieder in seiner ganzen Strenge bei uns eingekehrt, und es scheint, als sollte der Februar alle Versäumnisse des Januar reichlich nachholen. Zum erstenmal erfreut man sich endlich in diesem Winter einer soliden Schlittenbahn, welche am gestrigen Sonntag bei klarstem Himmel — zu unzähligen Ausflügen in die Nähe und Ferne benutzt wurde. Die öffentlichen Konzertlokale, wie der Kutznersche Saal, Weißgarten, Schießwerderhalle, Wintergarten, ja sogar die Dämme von Morgenau, Pöpelwitz und Scheitnig waren von Besuchern aus allen Ständen fleißig frequentirt.

Breslau, 4. Febr. [Das Narrenfest] der alten, städtischen Ressource hatte am 2. d. M. eine zahlreiche närrische Gesellschaft im Kutznerschen Saale versammelt. Alle waren mit der löblichen Absicht erschienen, jede dargebotene Narrheit mit gutem Humor hinzunehmen und die eigene Schelle munter erklingen zu lassen, um dem gepreßten Herzen Luft zu machen. An diesen Humor wurde auch gehörig appellirt und Lust und Narrheit ließen ihren Zügel schießen. Dem vorgestellten Palais Royal halfen die ambulanten pariser Spekulanten die Illusion vermehren, und das ganze Gedränge suchte ein treues Bild der Volksmasse in Narropol, während sie den Einzug eines Potentaten erwartet, darzustellen. Unter dem Schmettern eines Marsches hielt auch Leo LVI., Kaiser von Narragonien, seinen feierlichen Einzug, umgeben von seinen Getreuen, deren Prunk nur von den drängenden Huldigungen der neugierigen Unterthanen unsichtbar wurde. So verhinderte auch leider das herrschende Getümmel, daß man den Witz aus dem Discourse des Kaisers und Prinzen herausfinden konnte, und selbst die Pointe bei der Prämienvertheilung blieb größtentheils unverständlich. Nach kurzer Dauer des Festspieles zog der närrische Hofhalt, gefolgt von den hinkenden Boten, wieder ab, und das Volksleben begann auf's neue. Die Pause wurde durch die anbefohlene Erstürmung der Restaurants gefeiert, manche Bresche geschossen und manche Narrheit als Wirklichkeit erobert. Obgleich ein großer Theil der Gäste sich mit der Pause entfernt hatte, blieben doch immer noch genug, um den Tanz zu einem Wagstück zu machen. Bewährte Tapferkeit aber ließ den Muth nicht sinken, und bis zum frühen Morgen erfreute sich die Gesellschaft einer ausgelassenen Narrheit. Allgemein wurde bedauert, daß bei so zahlreichem Zuspruch nicht ein größeres Festlokal gewählt worden war, um freiere Bewegung zu gestatten; zumal der Vorwurf der schlechten Beleuchtung, welchen man der Schießwerderhalle macht, durch die mehr als schlechte Benutzung der Gasflammen im Kutznerschen Saale vollkommen ausgeglichen ward, und zu große Kälte bei der mit Sicherheit zu erwartenden Erhitzung der Geister nicht zu befürchten war.

γ **Breslau,** 4. Februar. [Feuer-Rettungs-Verein.] Auch der genannte Verein wird Sonnabend den 9. Februar im Café restaurant einmal lustig sein, während er sonst nur hilfreich und thätig beim Feuer ist. Beim Stiftungsfeste an diesem Tage wird er seinen Humor und Witz walten lassen, und das Komite bietet alles Mögliche auf, um das Fest so glanzvoll als möglich bei beschränkten Geldmitteln zu machen.

⊠ **Breslau,** 31. Januar. [Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.] Vorsitzender Dr. Thiel. Zur Untersuchung über vorgekommene Mißstände auf dem Schlachthofe und im Viehkruge war eine Kommission abgesendet worden. Dieselbe spricht sich dahin aus, daß die Unreinlichkeit in dem Viehkruge groß gewesen und durch sie Gefährdung des Viehes herbeigeführt worden sei; der Besitzer des Viehkruges habe aber die Beseitigung des fraglichen Uebelstandes ernstlich zugesichert. Der Verein beschließt, die Angelegenheit im Auge zu behalten und ebenso darauf zu sehen, daß auch auf dem Schlachthofe nicht, wie dies leider in neuerer Zeit wieder vorgekommen sei, Schlachtvieh über Nacht, ohne jeden Schutz, ohne jedes Obdach, unter freiem Himmel, auf kalter, gefrorener Erde kampiren müsse. — Die Mittheilung, daß die Steinfuhren in der Umgegend Strehlens zu mancherlei Thierquälerei Veranlassung geben, führt zu dem Beschlusse, Hrn. Kreisrichter Hauptmann Wolff in Strehlen um geeignete Abstellung der beregten Uebelstände zu ersuchen. — Das von dem Vereine vorbereitete Fest findet am 7. Februar im Tempelgarten statt. Preis des Couverts für Abendbrot und Ball: 15 Sgr. Mitglieder können Gäste einführen.

P. C. In den gewerblichen Verhältnissen des breslauer Regierungsbezirks sind in den letzten zwei Monaten keine wesentlichen Veränderungen zu Tage getreten. Im Ganzen dauert die schon früher erwähnte Lauigkeit der Geschäfte fort. Mehrere von den größeren Fabrikbesitzern lassen ungeachtet des verminderten Absatzes ihrer Produkte die Arbeiten in ausgedehnter Weise weiter führen, um die Existenz der Arbeiter zu sichern. Auch wurden von den großen Unternehmern bedeutende Quantitäten von Roggen, so wie von Mehl- und Maisfabrikaten angekauft, um dieselben im Einzelnen den Arbeitern zum Kostenpreise wieder abzulassen. Der Absatz von gebleichten Leinen war im Ganzen gering, eben so in den übrigen Leinenfabrikaten nur schwach. Das Handgespinnst nimmt mehr und mehr ab, woran der allgemeine Mangel an Flachs eine Hauptschuld trägt. Die Baumwollenweberei wird in einigen Sorten neuerdings ziemlich lebhaft betrieben.

g. **Waldenburg,** 3. Februar. Die „Schles. Ztg." bringt in ihrer Nr. 45 einen der „Geb.-Ztg." entlehnten Artikel aus Waldenburg, welcher uns alle in nicht geringes Erstaunen setzte, indem uns gänzlich unbekannt ist, daß Gefangene während der Nacht, die Thüre ihrer Zelle nach außen biegend (?) entflohen seien, Lebensmittel gestohlen hätten und am folgenden Morgen auf demselben Wege wieder zur Haft zurückgekehrt wären, um ihre Beute unter ihre Konsorten zu vertheilen. Mitte Januar wurde allerdings eines Morgens in den Räumlichkeiten des Rathhauses ein mit einem Namen gezeichneter Sack, Brodt und Fleischwaaren enthaltend, vorgefunden, als herrenloses Gut mit Beschlag belegt und der königl. Staats-Anwaltschaft sofortige Anzeige gemacht. Zufolge Verfügung der Letzteren wurden die Eßwaaren — wie dies in solchen Fällen stets gehalten wird — um sie nicht der Verderbniß anheim fallen zu lassen, alsbald unter die hiesigen Hospitaliten vertheilt, der vorgefundene Sack jedoch dem königl. Landraths-Amte überliefert, um die nöthigen Recherchen anstellen zu können. Noch an demselben Tage wurde ermittelt, daß der qu. Sack mit seinem Inhalte einem Bauergutsbesitzer in Reimswaldau in der vorhergegangenen Nacht gestohlen worden sei. Auf welche Weise aber das gestohlene Gut ins Rathhaus gekommen und in wiefern die daselbst befindlichen Gefangenen bei dem Diebstahle betheiligt sind, wird wohl die deshalb angestrengte gerichtliche Untersuchung ergeben, da eine sofortige strenge Revision der Gefängnisse vorgenommen wurde, über deren Ergebniß bis jetzt noch nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Wir hielten uns zu dieser Berichtigung verpflichtet, da diese räthselhafte Angelegenheit nun einmal zur Kenntniß des größern Publikums gelangt ist, und wollen uns nur noch die Bemerkung erlauben, daß der Bericht der Schlesischen resp. Gebirgs-Zeitung jedenfalls verfrüht und der eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung keineswegs förderlich war. — Die baldige Uebernahme der ganzen Gefängniß-Verwaltung seitens des königl. Kreis-Gerichts steht nunmehr in Aussicht, da die Genehmigung hierzu von den höhern Behörden eingegangen ist. — Seit der vor zwei Jahren erfolgten Translocirung der hiesigen Post-Expedition aus dem Innern der Stadt nach dem Bahnhofe hat es sich die Postbehörde angelegen sein lassen, auf mancherlei Bequemlichkeiten des korrespondirenden Publikums Bedacht zu nehmen und dies auch durch Anschaffung eines Handwagens, welcher gegen eine kleine Vergütigung Packete nach der Stadt bringt und zu versendende an bestimmten Stunden aufnimmt, so wie durch Aushängen von zwei Briefkasten in der Stadt bethätiget. Indem wir diese Anordnungen mit Dank anerkennen, hoffen wir, daß es nur eines Winkes bedarf, um noch vorhandene Uebelstände baldigst zu beseitigen. Wir sind nämlich der Ansicht — und der größte Theil des Publikums wird uns beipflichten — daß ein Briefkasten am Markte für hier zu wenig ist, indem es nicht selten vorkommt, daß derselbe mit Briefen, welche vom königl. Kreis-Gericht entsendet werden, dergestalt vollgepfropft ist, daß die Ecken derselben Zoll weit aus der zum Einlegen bestimmten Oeffnung hervorstehen und ein Einlegen anderweiter Briefe rein unmöglich machen. Alsdann bleibt nichts weiter übrig, als daß man zu dem entfernten, in der Nähe der katholischen Kirche angebrachten, Briefkasten seine Zuflucht nimmt. Demnach ist unsere Bitte dahin gerichtet, am hiesigen Markte einen dritten Briefkasten anbringen lassen zu wollen.

(Notizen aus der Provinz.) * Waldenburg. Unser Kreis hat, bei einer Zahl von 53,685 Seelen, für die Irren-, Taubstummen- und Blinden-Unterrichts-Anstalt 627 Thlr. 15 Sgr.; die Städte Friedland, Gottesberg, Waldenburg mit zusammen 8546 Seelen, haben 120 Thlr. 15 Sgr. aufzubringen. — Die Erlaubniß von Tanzmusiken jeglicher Art darf von Ascher-Mittwoch bis zum 2ten Osterfeiertage nicht ertheilt werden.

+ Bunzlau. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden der hier errichteten Suppen-Anstalt zum Einmauern der Kessel nöthig gewesene 900 Stück Ziegel gratis bewilligt.

△ Görlitz. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden die Zeichnungen und Kosten-Anschläge zum Bau einer Kaserne, so wie die Kosten selbst in Höhe von 96,914 Thlr. 26 Sgr. 5 Pf. genehmigt. Mit dem Bau selbst soll sofort vorgeschritten werden. — Endlich hat sich auch unsere musikalische Welt zu einer Mozartfeier entschlossen, sie ist nachträglich am 3. d. M. durch ein von Hrn. Apetz veranstaltetes Konzert begangen worden.

Hirschberg. Hr. Landrath v. Grävenitz dankt in der neuesten Nr. des Gebirgsboten für die vielen und mannigfachen Gaben, die für das Krankenhaus Bethanien eingegangen sind. Es ist dadurch möglich geworden, gegenwärtig schon nahe an 40 hilfsbedürftige Kranke in dem Hause zu verpflegen. Nur an Inventar (besonders wollenen Decken und männlicher Kleidung) fehlt es, so wie an stärkenden Nahrungsmitteln (z. B. Wein), um noch mehr des Segens zu verbreiten. — Hr. Graf Schaffgotsch auf Warmbrunn hat 80 Thlr. 20 Sgr. für die Armen der Gemeinde Giersdorf geschenkt. — Zu Petersdorf hat der Fabrikbesitzer Hitze, so wie dessen Bevollmächtigter 100 Brodte, der Schuhmachermeister Ostrowski eine Quantität Kartoffeln und noch mehrere Andere milde Gaben für die Armen geschenkt. Durch eine Sammlung des Hrn. Pastors Steudner sind 38 arme Schulkinder mit Kleidungsstücken beschenkt worden.

Steinau. Am 28. v. M. wurde ein gewisser Brandt, aus Thüringen gebürtig, auf dem Wege nach Borschau, mit einer von dem königl. Landraths-Amt Wohlau ausgestellten Reiseroute versehen, todt aufgefunden.

Θ Neumarkt. Auf Befehl der Regierung soll schleunigst eine Liste der militär-, landwehr- und reservepflichtigen Schullehrer des Kreises und Namhaftmachung Derjenigen, welche als unabkömmlich zu reklamiren sind, angefertigt werden. Die Schullehrer müssen diese Angaben bis zum 9. d. M. eingereicht haben. — Die Wittwe Heinze zu Jakobsdorf hat für den Bau eines Schulhauses 50 Thlr. geschenkt.

= Neurode. Am 27. Januar ertrank ein Weber aus Hayn im Dorfbache zu Ludwigsdorf. — In Schönfeld (bei Mittelwalde) läßt Hr. Kaufmann Epner schon seit vielen Wochen täglich eine große Anzahl Suppen-Portionen an die Ortsarmen vertheilen. — In Neu-Neißbach brannte vorigen Montag eine Gärtner-Wohnung nieder.

× Reichenbach. Seit dem Neujahr ist der seit 34 Jahren erschienene „Wanderer" eingegangen, da die Kaution nicht erlegt worden ist. Die Herausgeber wollen nun zwar alle Monate eine Nummer des Blattes erscheinen lassen, aber auch hierzu ist wenig Aussicht vorhanden, da gegenwärtig die Offizin geschlossen ist. — Der Verkehr ist durch die Eisenbahn gestiegen, besonders deshalb, da man von Frankenstein und Glaz weit rascher und billiger nach Breslau gelangt als auf dem bisherigen Wege.

4 Grottkau. Am Schlusse des vorigen Monats fährt ein Herr von Endersdorf nach unserer Stadt, um einen Lotterie-Gewinn zu holen. Der Wagen wird zurückgeschickt, in einem Wäldchen vor Endersdorf aber von Räubern angehalten und der Kutscher todtgeschossen. Die Räuber fanden aber ihre Rechnung nicht, weil weder der Herr noch das Geld vorhanden war. Der Kutscher wurde auf Veranstaltung seines Herrn sehr feierlich begraben.

Feuilleton.

Breslauer Stereoskopen.

Das Gespenst der Nationalitäten hat seine Schrecklichkeit verloren, selbst die revidirte Charte von Europa hat die Angst derer nicht mehr erwecken können, sie ist aus den Köpfen, wie es mit der Angst oft der Fall ist, in die Beine gefahren und peinigt alle die, welche ungelenk, schwerfällig und taktlos sind, oder noch zu fest in der Vergangenheit wurzeln. Jede Ballordnung kann zu einer Repetition des geographischen Cursus dienen und entschuldigt die Mütter, die ihre Töchter zu früh aus der Schule nehmen, um sie bei Zeiten auf die Arena des Ballsaales zu führen, so wie die Unreife vieler Tänzer, denn viele Wissenschaften, die noch etwa lückenhaft sind, können dort nachgeholt werden. Die Naturgeschichte liefert zahlreiche Exemplare zur Anschauung vom Löwen bis zum Affen; die Arithmetik löst Probleme, indem sie zeigt, wie keine Einkünfte + wenig Aussichten + vieler Schulden doch als Summen ein flottes Leben geben; die Geschichte empfiehlt sich durch ihre Unergänzlichkeit in mancher schönen Tänzerin, manchem modernen Frack, und manchen elterlichen Runzeln, die von alten, historisch merkwürdigen Ereignissen zeugen, Philosophie ist aus dem Nichts der Redensarten zu studiren; alle Künste sind vertreten: Malerei an Haar und Gesicht, Musik auf dem Orchester und im süßen Liebe-Flöten, Plastik in den diversen Wattirungen u. s. w.; Geographie, wie schon oben bemerkt, ist auf der Ballordnung im Namen der Tänze zu lernen. Tyrolienne, Varsovienne, Sicilienne, Polka Mazurka und Tremblante, der deutsche Walzer, der französ. Contredanse, der Mixed-Pikle-Cotillon, sind in Mode gekommen und haben den Stand der Tanzlehrer, der nahe daran war auszusterben, und der sich jetzt durch Erfindung immer neuer „Jennen" rächt, wieder in Schwung gebracht. Die Tanzkunst hat, wie vordem in einer Periode die Musik, ihre Zuflucht zu Nationalitäten genommen und darin neues Leben gefunden. Während ein solenner „Marsch" im Osten die Gewichtigkeit des Schrittes zeigte, hüpft der Westen nach dem Takte der Musik und sucht dadurch Eroberungen zu machen, bis am Aschermittwoch Waffenstillstand geschlossen wird. Die Beine haben neuen Werth bekommen, und die Nachwelt wird diese Mode preisen, denn sie verhindert vielleicht, daß so kostbare Glieder einer zukünftigen Gicht leichtsinnig ausgesetzt werden.

Unsre Väter klagten über den Verfall der Sitte und rühmten die Grazie der Menuet, die Eleganz der Reifröcke, den Glanz der Schminke, das Verschönernde des Puders, die Verhüllung der Perrücke, die Enthüllung der kurzen Hose mit seidnen Strümpfen und die Poesie des Zopfes. Jetzt werden sie getröstet sein, denn die Träume ihrer Jugend erfreuen die Wachenden, das Alte wird neu. „Rococo" ist schon längst das Feldgeschrei der Mode geworden; schon wurde der Puder versucht, wenn auch zurückgestellt, sehnsüchtig blickt mancher Mondschein aus dem Scheitel nach der offiziellen Perrücke und ersetzt sie interimsweise durch eine unerkennbar sein sollende Tour, enge Beinkleider nähern sich der Culotte und enthüllen den Knochenbau, Reifröcke mit dem pariser fatalen Anhange fordern stürmisch breitere Trottoirs, Schminke

läßt Rosen blühen, wo nur Dornen sind, und — „der Zopf, der hängt uns hinten!"

Fehlt auch das Graziöse, Schwebende der alten Menuet unsern modernen Hopsern, so haben sie doch gemeinsam, daß beide zur Ausführung Takt und Geschicklichkeit verlangen, was bei den Ländern und Galoppaden keineswegs der Fall war; dann sind sie auch ein gutes Mittel zur Verhinderung der Flatterhaftigkeit, da sie ein gemeinschaftliches Eintanzen verlangen, sie lehren schnell im Laufe pariren, selbst muthig gegen den Strom schwimmen, und haben nicht, wie die Menuet, einen Anschein von Steifheit, von der man sich nur bei den Vorstellungen eine Vorstellung machen kann.

Ueberhaupt stehen die Moden, so sonderbar und verkehrt sie auch manchmal scheinen, immer in innigem Einverständniß unter einander und mit der ganzen Richtung ihrer Zeit. Mit Fächern und Stoffkleidern kamen künstliche Tänze, Puder und kurze Hosen; ihnen hatte das Rococo-Meublement schon einen passenden Aufenthalt bereitet, und auf den ausgehängten Zopf die halbe Welt angebissen. Das schöne Geschlecht will die Herrschaft, wie in der romantischen alten Zeit wieder erlangen, ja sie dauernd befestigen und sich emanzipiren. Unterdeß sucht es den möglichst größten Raum einzunehmen, namentlich ein scheinbar festes Postament zu erlangen, damit jeder Oberkörper schon wie eine, ihm zur Huldigung gesetzte Statue auf granitnem Piedestal erscheine; während es den Scheitel der Männer immer dünner werden sieht, reißt es dessen Aeußeres an sich, ahmt seine Frisur nach und setzt so auf die weibliche Bildsäule den männlichen Kopf. Die Männer lassen sich den Tausch gefallen, nehmen wohl selbst, als Mäntel Umschlagetücher und andre weibliche Kleidungsstücke nebst weibischen Sitten an, bis eines schönen Tages sie sich unvermuthet in der Küche und vor der Waschmaschine finden werden, während Madame bei Hansen ihre Cigarre raucht.

Doch ist der Trost uns geblieben, daß die Mode wechselt, daß Weiber sich schon vor Alters, wie Madame Loth, zu Statuen gemacht, und doch nur dadurch zur Versalzung der Lebenssuppe beigetragen haben; daß die Nationaltänze wie die Nationalmelodien ihre Glanzperiode hinter sich haben werden, und man dann „Gedanken" im Ballsaal, wie schon im Ballet, tanzen wird, wobei der Mann das Uebergewicht haben, und daß alle äußerliche schiefe Scheitelung der Damen, doch nicht die Haare ersetzen kann, welche wir auf den Zähnen haben, obgleich auch da Manche eine Perrücke im Munde tragen. Doch möge mir das schöne Geschlecht verzeihen, wenn ich auf seinen Zähnen keine Haare als wachsend annehme; da man bei ihm nur von Rosenlippen spricht, kann es im Munde auch nur Dornen führen.

[Paskewitsch †.] Iwan Feodorowitsch Paskewitsch, Fürst von Warschau und Graf von Eriwan, Statthalter des Königreichs Polen, kaiserlich russischer und königlich preußischer General-Feld-Marschall, Chef und Inhaber mehrerer russischen, preußischen und österreichischen Regimenter, Ritter der höchsten Orden u. s. w., war 1782 zu Pultawa geboren. Er nahm sehr jung Militärdienste und stand bei dem Regiment der Preobrajenzkischen Garde, wurde Flügel-Adjutant bei den Kaisern Paul und Alexander, 1805 bei Austerlitz blessirt. Er war 1808 der Ueberbringer der russischen Kriegs-Erklärung an die hohe Pforte; 1809 wurde er Oberst und bei Braila blessirt, 1811 General, kämpfte 1812 unter dem Fürsten Bagration mit großer Auszeichnung bei Smolensk und Mosaisk, 1813 bei Leipzig, wurde 1814 General-Lieutenant. Im Jahre 1818 wurde er General-Adjutant, focht 1826 siegreich unter Yermoloff gegen die Perser, besiegte namentlich Abbas-Mirza bei Elisabethpol, erhielt 1827 den Oberbefehl, siegte bei Dscheran-Bulat und nahm Eriwan mit Sturm und wurde deshalb Graf von Eriwan, 1828 und 1829 eroberte er Kars und Erzerum und wurde nach dem Frieden Feldmarschall. 1831 schlug er durch den Sieg bei Warschau die polnische Revolution nieder, erhielt das General-Gouvernement des Königreichs und führte das organische Statut ein. Er wußte sich in dieser schwierigen Stellung durch seine außerordentlichen persönlichen Eigenschaften nicht nur das Vertrauen seines Kaisers zu erhalten, sondern auch das der Polen zu gewinnen. 1849 zog er an der Spitze der russischen Heere in Ungarn ein; seine Manöver waren vom glänzendsten Erfolge gekrönt. Görgey und die ungarische Revolution streckten auf den Feldern von Vilagos vor ihm die Waffen. Von allen Monarchen verdientermaßen geehrt und mit Auszeichnung überhäuft, war der Fürst von Warschau Theilnehmer an allen den großen politischen Akten, die zum Theil in Warschau selbst vollzogen wurden. Im Jahre 1854 erschien der greise Fürst noch einmal im Felde, er inspizirte die russischen Heere an der Donau und mußte im verflossenen Jahre noch seinen hohen kaiserlichen Freund aus dem Leben scheiden sehen. Der Fürst von Warschau ist nach einem langen und schweren Leiden gestorben — er nimmt den Ruhm eines edlen, wohlwollenden Mannes, eines ausgezeichneten Feldherrn und umsichtigen Regenten mit sich ins Grab, der seinem Vaterlande unter vier Kaisern mit hohem Ruhme gedient.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Hannover, 30. Januar. Der seit 1847 hier eingeführte, im Januar und August stattfindende Ledermarkt hat sich, wiewohl ohne rasche Sprünge, im sicheren gleichmäßigen Fortschritt so weit gehoben, daß die in den letztern Jahren gemachten Umsätze den ursprünglichen Erwartungen genügend entsprachen. Von den in vergangener Woche an den Markt gebrachten 6894 Ctr. Leder und Häute wurden 4500 Ctr. Leder und 1900 Ctr. Häute zu erheblich gesteigerten Preisen verkauft, während die unverkauft gebliebenen Partien meistens zur Messe in Braunschweig befördert wurden.

P. C. Die Fleischpökelungs-Anstalt in Danzig macht in diesem Jahre minder gute Geschäfte, wie in den früheren, indem die Nachfrage in England, wohin der meiste Absatz bisher war, für diesen Artikel sich sehr vermindert hat, und die Bestellungen der englischen Marine weniger erheblich gewesen sind. Dazu kommt, daß die Zutrift von Schweinen bis Mitte Dezember zwar eine sehr reichliche, aber die Qualität derselben eine kaum mittelmäßige war. Es hat bei den Landleuten offenbar die Absicht vorgeherrscht, in Folge der schlechten Ernte aller Mästungsstoffe um jeden Preis der zu viel aufgezogenen Schweine sich zu entledigen.

[Geld- und Papierwirthschaft.] Es gibt in Deutschland (ohne Oesterreich) gegenwärtig 75—80 Millionen Thaler Papiergeld ohne Metalldeckung. Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen ꝛc. haben gar kein Papiergeld, in Hannover nur die Residenz. Die Verhältnisse von Frankfurt, wo nach oberflächlicher Ansicht über 27 Thlr. auf den Kopf kommen würden, sind auch abzurechnen, da für 2 Millionen Gulden Scheine Metalldeckung vorhanden ist und die Umwandlung der übrigen in Banknoten bevorsteht; die hamburger Bank ist jetzt erst im Begriff, Noten auszugeben. Die übrigen Staaten trifft folgender Betrag von Papiergeld auf den Kopf: Anhalt-Cöthen-Dessau 31,8 Thlr., Anhalt-Bernburg 11, Königreich Sachsen 6,5, Sachsen-Coburg-Gotha 4,0, Reuß jüng. L. 3 8, Braunschweig 3,7, Sachsen-Meiningen 3,6, Kurhessen 3,3, Preußen 3,2, Schwarzburg-Rudolstadt 2,8, Sachsen-Weimar 2,3, Sachsen-Altenburg 2,1, Großherzogthnm Hessen 1,3, Nassau 1,3, Würtemberg 1,0, Baiern 1,0, Baden 0,8, Mecklenburg-Schwerin 0,8 Thaler.

Berlin, 2. Februar. [Börsen-Korrespondenz.] An heutiger Börse beschränkte sich das Geschäft nicht nur auf einzelne Devisen, sondern die Kauflust erstreckte sich auf alle Papiere ziemlich gleichmäßig und vorzüglich auf Eisenbahn-Aktien. Franzosen begannen zwar zu 161, fielen jedoch bis 160, während österr. Credit-Aktien gleich am Anfange auf 146, und etwas später bis 148 gingen, um wieder zu 147½ G. zu schließen. Auch Eisenbahn-Aktien hatten sich zum Theil wesentlich gebessert. Köln-Mindener blieben zu 165½ gesucht. Nordbahn eröffneten zu 60 und behaupteten sich dazu sehr fest ꝛc. Von den Bank-Aktien waren preußische Bank-Antheils-Scheine am meisten gesucht, und hoben sich von 128½ auf 130. Darmstädter Bank-Aktien etwas matter und rückgängig, auch im Ganzen schwer verkäuflich. Oesterreichische Papiere dagegen sehr fest. — In Amsterdam war das Geschäft noch immer lebhaft, aber die Käufer konnten billiger ankommen; österr. National-Anleihe wich von 79¼ auf 78½, Metalliques von 77¼ auf 76½, spanische Papiere blieben unverändert, russ. Stieglitz wurden mit 87½ bezahlt. Hamburg war stiller als am Donnerstag, die Geschäfte beschränkten sich fast ausschließlich auf österreichische, russische und spanische Papiere und waren nur in letzteren von Bedeutung, während Eisenbahn-Aktien ganz vernachlässigt blieben; österr. Staatsbahnen anfänglich 840 (Cours 186) verlangt und 848 angeboten, schließlich 850 bezahlt und stark begehrt, 855 Br.; Credit-Aktien 139½—140 angeboten, 139—½ G.; das Geschäft war gering, da Stücke fehlen und die Fixer sich noch nicht daran wagen; das Geld war knapper als in den letzten Tagen, Diskont 4½ pCt., Valuten gut zu lassen. In Frankfurt gingen die österr. Papiere merklich zurück; Metall. von 81½—80, National-Anleihe von 83¼ auf 81⅜, Bank-Antheile von 1185 auf 1144, Credit-Aktien von 144 auf 128, österr. Staats-Eisenbahn von 284½ anf 270. Wien war ebenfalls rückgängig, doch durch die Operationen der Credit-Anstalt etwas fester gehalten; Metall. wichen von 86 auf 85¼, Bankaktien von 1050—1035, Cred.-Aktien 283—282½; Nat.-Anl. stieg dagegen von 86⅞ auf 87¼. Agio wieder etwas schlechter. Gold 12¼, Silber 8¼. London war gestern nicht schlimmer, eher etwas besser, als am Donnerstag. Consols eröffneten mit 90½ und schlossen 90⅞; alle übrige Effekten unverändert. In Paris schwankte die 3pCt. Rente zur Liquidation zwischen dem vorgestrigen Schlußcourse von 70, 80 bis 71, 40 und schloß fest zu 71, 30; für Ende Februar eröffnete sie 71, 90, stieg bis 72, 50 und schloß mit 72, 40; die österreich. Staats-Eisenbahnen gingen wieder höher, von 845 bis 855, ebenso die Aktien des Credit-Mobilier von 1530 auf 1550.

† **Breslau,** 4. Februar. Die Börse war heute in sehr guter Stimmung; alle Aktien, namentlich Oderberger erster Emission und Freiburger beider Emissionen, gingen viel höher. Das Geschäft war recht umfangreich In österr. Credit-Mobilier wurden zu besseren Preisen bedeutende Posten umgesetzt. Es blieb bis zum Schlusse fest. Fonds unverändert.

≅ [Produktenmarkt.] An unserem heutigen Getreidemarkte herrschte wieder eine ungemeine Flaue. Besonders hervortretend war dieselbe bei Weizen, und selbst zu ermäßigten Preisen war keine Kauflust vorhanden, während die Offerten von Bodenlägern nicht unbedeutend waren. Die letztnotirten Preise sind heute nur als ganz nominell anzunehmen, denn würde man kaufen wollen, so könnte man auch 2 bis 3 Sgr. unter den höchsten Notirungen ankommen.

Es sind die heutigen Preise anzunehmen für beste Sorten weißen Weizen 137—145 Sgr., guten 120—125—130—132 Sgr., mittlen und ord. 95 bis 100—110—113 Sgr., besten gelben 128—132—136 Sgr, guten 110—115 bis 120 Sgr., mittlen und ord. 70—75—80—90—100 Sgr., Brennerweizen 60—65—70—80 Sgr. — Roggen 86pfd. 109—110 Sgr., 85pfd. 106 bis 107 Sgr., 84pfd. 103—105 Sgr., 82—83pfd. 97—100—101 Sgr. — Gerste 70—74—76—77 Sgr. — Hafer 37—40—43 Sgr. — Erbsen 105—110—115—120 Sgr. — Mais 86pfd. 75 Sgr.

In Oelsaaten ist heute wenig gehandelt, da von guten Qualitäten nichts offerirt wurde. Für besten Winterraps 143 Sgr. willig zu bedingen; Sommerraps und Sommerrübsen 110—115—120 Sgr.

Spiritus matt, loco 13½ Thlr. bezahlt.

Kleesaaten erhielten sich auch heute in gutem Begehr und besonders beliebt sind die feinen und feinsten Qualitäten rothe und weiße. Die Zufuhr am heutigen Markte war nicht so bedeutend, wie es gewöhnlich jedesmal am Montag zu sein pflegt, und Inhaber hielten deshalb auch zu Anfang des Marktes auf höhere Preise als Ende vergangener Woche, die ihnen aber nicht bewilligt werden konnten. Am Schlusse des Marktes fügten sich die Inhaber in den Willen der Käufer, so daß die Preise gegen Sonnabend als unverändert anzunehmen sind.

Hochfeinste rothe Saat 18⅔—19—19⅙ Thlr., feine und gute Qualität 17—17⅓—17½—18 Thlr., abfallende Sorten 14—16½ Thlr., hochfeinste weiße Saat 26—27 Thlr., feine 23—24—25 Thlr., mittle Sorten 20 bis 22 Thlr., ord. 10—14—18 Thlr. Thymothee 6½—7½ Thlr pr. Ctr.

Rohes Rüböl ohne Geschäft, loco und Lieferung bis Ende März 16 Thlr. käuflich, pr. Herbst 14⅓ Thlr.

An der Börse war das Schlußgeschäft in Roggen etwas fester, Februar 80 Thlr. Br., März-April 79 Thlr. bez., April-Mai 79 Thlr. Gld. Spiritus oco $13\frac{5}{12}$ Thlr. bez. u. Br., Februar 13½ Thlr. Br., März 13⅔ Thlr. Br., April-Mai $13\frac{11}{12}$ Thlr. Br., Mai-Juni 14 Thlr. Gld.

L. **Breslau,** 4. Februar. Zink loco ohne Umsatz. Die letzten Berichte von Hamburg und London über Zink lauten matter.

Wasserstand.

Breslau, 4. Febr. Oberpegel: 15 F. 3 Z. Unterpegel: 6 F. 3 Z. Eisstand.

Eisenbahn-Zeitung.

Wir berichteten bereits von dem Projekte, durch eine Zweigbahn der oberschlesischen Eisenbahn die von Warschau kommende Eisenbahn mit Umgehung der österreichischen Grenze in direkte Verbindung mit dem preußischen Eisenbahnnetz zu setzen. Nach einer uns heute zugehenden Notiz hat der Direktor der oberschlesischen Eisenbahn, Herr Lewald, bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin die desfallsigen vorläufigen Vereinbarungen sowohl durch Vermittelung des russischen Gesandten daselbst mit der russischen Regierung als den preußischen entscheidenden Behörden gegenüber, insoweit getroffen, daß die Ausführung des Projektes als gesichert betrachtet werden kann und die entsprechenden Vorschläge in kürzester Zeit den Aktionären der Gesellschaft zur Genehmigung werden vorgelegt werden. (B. B.-Z.)

Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche v. 27. Januar bis incl. 2. Febr. d. J. wurden befördert 5843 Personen und eingenommen 47,273 Rtlr. excl. der Einnahme im Vereins-Personen-Verkehr.

Im Monat Januar d. J. betrug die Frequenz 26,308 Personen und die Gesammt-Einnahme 223,792 Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn. In der Woche vom 27. Januar bis incl. 2. Febr. d. J. wurden befördert 1117 Personen und eingenommen 1166 Rtlr.

Im Monat Januar d. J. betrug die Frequenz 4,894 Personen, und die Gesammt-Einnahme 7,896 Rtlr.

Wilhelmsbahn. In der Woche vom 26. Jan. bis incl. 1. Febr. d. J. wurden befördert 1542 Personen und eingenommen 17019 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. In der Woche vom 27. Jan. bis incl. 2. Febr. d. J. wurden 3205 Personen befördert und eingenommen 9159 Rtlr. 11 Sgr. 8 Pf.

Im Monat Januar d. J. fuhren überhaupt auf der Bahn 14,495 Personen und betrug die Einnahme:

1) für Personen-, Gepäck-, Equipagen- und Vieh-Verkehr	8024 Rtlr.	16 Sgr.	6 Pf.
2) für Güter-Verkehr	30116 =	7 =	3 =
zusammen	38140 =	23 =	9 =

Pro Januar 1855 betrug die Einnahme

ad 1 (bei 10960 Personen)	5981 Thlr.	8 Sgr.	— Pf.
ad 2	21158 -	5 =	10 =
zusammen	27139 =	13 =	10 =

Daher 1856 mehr:

1) Personengeld ꝛc. 2043 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf.
2) Güterfracht 8958 = 1 = 5 =

überhaupt . . . 11001 Thlr. 9 Sgr. 11 Pf.

---

[165] **Bekanntmachung.**
Behufs der Ermittelung unbekannter Interessenten und Feststellung der Legitimation werden in Gemäßheit § 12 des Gesetzes über die Ausführung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und § 109 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850 die nachstehend genannten Auseinandersetzungen zwischen dem königl. Domänen- und Forst-Fiskus und Einsassen in Domänen-Ortschaften resp. Servitut-Berechtigten in königlichen Forsten des hiesigen Regierungs-Bezirks, und zwar die Ablösungen:

1) im Kreise Breslau:
a. der Reallasten von der Häuslerstelle Hypothek-Nr. 35 von Wüstendorf;
b. der Hutungs-Berechtigungen der Stellen Hyp.-Nr. 25, 26, 28, 29, 30 und 34 zu Steine;

2) im Kreise Neumarkt:
der Reallasten von der Mühlen-Nahrung Hyp.-Nr. 29 von Nippern;

3) im Kreise Trebnitz:
der Reallasten von den Grundstücken Hyp.-Nr. 15 a., 39 und 103 von Trebnitzer-Anger;

4) im Kreise Steinau:
der Forstberechtigungen der Einsassen zu Pronzendorf, in der zum königl. Forst-Revier Schöneiche gehörenden sogenannten Hinterpeißke;

hierdurch öffentlich bekannt gemacht und es wird allen Denjenigen, welche dabei ein Interesse zu haben glauben, überlassen, spätestens bis zu dem auf
Sonnabend den 22. März d. J.
in dem Parteien-Zimmer der unterzeichneten Behörde anberaumten Termine ihre Ansprüche anzumelden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzung, selbst im Falle einer Verletzung, gegen sich gelten lassen müssen und mit Einwendungen dagegen nicht weiter gehört werden können.
Breslau, den 30 Januar 1856.
Königl. Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Mit einer Beilage.